



Für eine gerechte Bewältigung der globalen Schuldenkrise: Solidarität, Verantwortung und Reformen für eine nachhaltige Zukunft

Die aktuelle Schuldenkrise kann nicht isoliert betrachtet werden, sondern ist im Kontext globaler wirtschaftlicher Ungleichheiten und unzureichender internationaler Regulierungen zu verstehen. Schulden sind nicht per se negativ, jedoch sind die Bedingungen, unter denen sie aufgenommen und bedient werden müssen, entscheidend für die Bewertung ihrer Auswirkungen auf Gesellschaften.

2024 müssen die Regierungen von verschuldeten Staaten im Globalen Süden so viel wie noch nie an ausländische Gläubiger:innen zurückzahlen: Mehr als eine Milliarde US-Dollar pro Tag fließen in den Schuldendienst. Mehr als 3,3 Milliarden Menschen – fast die Hälfte der Menschheit – leben in Ländern, die mehr für die Begleichung ihres Schuldendienstes ausgeben als für Bildung oder Gesundheit.

Die hohe Verschuldung vieler Länder des Globalen Südens ist eine direkte Folge kolonialer und neokolonialer Wirtschaftsstrukturen, die weiterhin ungleiche Machtverhältnisse zwischen Gläubiger:innen und Schuldner:innen aufrechterhalten. Diese Strukturen zwingen verschuldete Länder oft zu Kürzungen im Sozial- und Bildungsbereich sowie zu einer einseitigen Exportorientierung, was die Armut verschärft und die soziale Ungleichheit weiter vertieft.

Forderungen an den Bundesrat und das eidgenössische Parlament

Reform der globalen Finanzarchitektur: Die Schweiz muss sich aktiv für eine Reform der globalen Finanzsysteme einsetzen, die eine faire und nachhaltige Bewältigung von Schuldenkrisen ermöglicht. Die SP fordert die Schaffung eines internationalen, rechtsverbindlichen Schuldenrestrukturierungsmechanismus unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen. Dieser Mechanismus soll sicherstellen, dass Schuldenrestrukturierungen transparent, fair und unter gleichberechtigter Beteiligung von Gläubiger:innen und Schuldner:innen durchgeführt werden.

Verantwortungsvolle Kreditvergabe und Schuldenerleichterungen: Die SP fordert eine stärkere Regulierung der internationalen Kreditvergabe, um sicherzustellen, dass Darlehen nur unter Bedingungen gewährt werden, welche die Schuldentragfähigkeit der Empfängerländer nicht gefährden. Darüber hinaus soll die Schweiz in internationalen Gremien auf eine grosszügige und gerechte Entschuldung drängen, insbesondere für die am stärksten verschuldeten Länder des Globalen Südens.

Unterstützung des Globalen Südens durch Entwicklungszusammenarbeit: Die SP lehnt die geplanten Kürzungen der internationalen Zusammenarbeit (IZA) entschieden ab und fordert stattdessen eine Erhöhung der Mittel auf das international verankerte Ziel von

0.7% BNE. Denn eine Kürzung des IZA-Budgets im Kontext multipler internationaler Krisen, inklusive der globalen Schuldenkrise, kommt zum denkbar schlechtesten Zeitpunkt.

Förderung von Klimagerechtigkeit: Die SP betont, dass die Schuldenkrise untrennbar mit der Klimakrise verbunden ist. Viele Länder des Globalen Südens sind besonders stark von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen, während sie gleichzeitig unter einer drückenden Schuldenlast leiden: Die Länder des Globalen Südens geben zwölf Mal mehr aus für den Schuldendienst als für Massnahmen gegen den Klimawandel. Die SP fordert daher, dass Klimafinanzierungen nicht aus dem IZA-Budget, sondern zusätzlich bereitgestellt werden und dass die Schweiz ihre Unterstützung für klimaschädliche Projekte sofort einstellt.

Bekämpfung von Steuervermeidung und Geldwäscherei: Die SP fordert das eidgenössische Parlament auf, die Gesetzgebung zur Bekämpfung von Geldwäscherei und Steuervermeidung zu verschärfen. Illegale Finanzströme verschlimmern die Schuldenproblematik in Entwicklungsländern und untergraben die Bemühungen um mehr Steuergerechtigkeit. Die Schweiz muss zudem zügig den automatischen Informationsaustausch mit allen Entwicklungsländern vereinbaren und die Bestrebungen einer fairen Besteuerung multinationaler Konzerne unterstützen.

Unterstützung der Verhandlungen über eine UNO-Steuerkonvention: Im Februar 2024 fanden in New York erstmals in der Geschichte der UNO intergouvernementale Verhandlungen zur Steuerpolitik statt. Das Ziel ist die Schaffung eines umfassenden Rahmens für die internationale Steuerzusammenarbeit, um Probleme wie Steuerhinterziehung und ungleiche Steuerlasten zwischen entwickelten und Entwicklungsländern anzugehen. Die Schweiz hat bisher eine defensive Rolle in den Verhandlungen gespielt. Der Bundesrat wird aufgefordert, diese Position zu ändern und sich stattdessen konstruktiv in die Verhandlungen einzubringen. Insbesondere soll sich der Bundesrat für eine globale Besteuerung Ultrareicher einsetzen. Diese Steuer könnte einen wesentlichen Beitrag zur Reduzierung der globalen Ungleichheiten und zur Finanzierung von Schuldenabbaumassnahmen leisten.